

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten



„Soll es so weit kommen?“

Das Plakat der SPD aus dem Jahr 1932 mutet gespenstisch prophetisch an.

Kaum ein Jahr später sind die ersten Weichen gestellt.

Die sogenannte „Machtergreifung“ durch die NSDAP vollzieht sich im Deutschen Reich wie auch im Volksstaat Hessen in atemberaubendem Tempo.

Parlamentarische Gremien werden entmachtet, Köpfe ausgetauscht, ganze Länder „gleichgeschaltet“, politische Gegner verfolgt und ermordet.

Eine Katastrophe nimmt ihren Lauf...



Plakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1932



Reichstagswahl		
Wahlkreis Hessen-Darmstadt 5. III. 33.		
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Hitler — Dr. Schulz — Göring — Reichenberg	1 (66%)
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Müllenbach — Rühl — Weber — Steffen	2 (18%)
3	Kommunistische Partei Deutschlands Chalmsen — Brunsel — Sell — Geiß	3 (5%)
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Bräutigam — Dr. Vothke — Heß — Blank	4 (18%)
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot Dr. Egenberg — Cahn — Dr. Meesmann — Bauer	5 (1%)
7	Deutsche Volkspartei Dingeldey — Dr. Nieph — Birbaum — Decker	7 (1%)
8	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Deiß — Grieb — Wimmer — Kunz	8 (3%)
9	Deutsche Staatspartei Dr. Best — Dr. Weiser — Dr. Kempf — Gheiß	9 (3%)
10	Deutsche Bauernpartei Dr. Selge	10 (3%)

Wichtige Etappen der „Machtergreifung“

1933

- 30. Januar Hitler wird Reichskanzler
- 4. Februar „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“: Einschränkung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit
- 27. Februar Reichstagsbrand
- 28. Februar „Reichstagsbrandverordnung“: Außerkraftsetzung von Grundrechten, Massenverhaftungen von Kommunisten und anderen NS-Gegnern folgen
- 5. März Reichstagswahl: die NSDAP geht als Siegerin hervor. Im Volksstaat Hessen erreicht sie 47%
- 6. März Dr. Heinrich Müller (NSDAP) wird Reichskommissar für den Volksstaat Hessen
Dr. Werner Best (NSDAP) wird Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen
- 13. März Dr. Ferdinand Werner (NSDAP) wird Staatspräsident Hessens
Dr. Heinrich Müller wird neuer Innen-, Finanz- und Justizminister
- im März Errichtung des ersten hessischen Konzentrationslagers in Osthofen
Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front
- 20. März Die Verordnung zur „Sicherung der Verwaltung der Gemeinden“ ebnet die Machtübernahme in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen
- 23. März Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“: die Hitlerregierung vereint Exekutive und Legislative auf sich
- 31. März „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“: die Länder-, Provinzial- und Kommunalparlamente werden zugunsten der NSDAP umgebildet
- 1. April Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte
- 7. April „Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“:
Einsatz von Reichsstatthaltern
Gesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: Entlassung „nichtarischer“ oder politisch missliebiger Beamter
- 2. Mai Zerschlagung der Gewerkschaften
- 5. Mai Jakob Sprenger (NSDAP) wird Reichsstatthalter in Hessen
- 10. Mai Bücherverbrennungen in zahlreichen Städten
- 22. Juni Verbot der SPD durch das Reichsinnenministerium
Die anderen Parteien lösen sich in Folge selbst auf
- 14. Juli Gesetz gegen die Neubildung von Parteien
- 12. November Reichstagswahl. Die NSDAP erhält in einer Scheinwahl über 90%



Abg. Klöstermann, Fraktionsvorsitzender der N. S. D. A. P. verliest eine Erklärung zum Ermächtigungsgesetz.



Vorbeimarsch von SA-Truppen vor der „ehemaligen Residenz“ Wilhelm Leuschners (im Hintergrund: „Braunes Haus“, Innenministerium) Wahlpropaganda, retuschierte Montage mit Hakenkreuzemblem und Hakenkreuzfahnen auf dem Kollegiengebäude, 1931 (der 15. November bezieht sich auf die Landtagswahl in Hessen)

1934

- 30. Januar „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“:
Übergang der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich



Der neue Reichsstatthalter Jakob Sprenger bei seiner Amtseinführung, Mai 1933



Bild oben:
Vereidigung des SS-Sonderkommandos
durch Dr. Werner Best, März 1933
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Der Beginn der „Gleichschaltung“

Dem Pluralismus wird der Kampf angesagt. Alles soll vereinheitlicht und nationalsozialistisch gebündelt werden – Politik wie Gesellschaft.

Auch die Landeskompetenzen gehen auf das Reich über, der Volksstaat Hessen und seine gesamte Verwaltung werden „gleichgeschaltet“.

Dabei greift der NS-Staat auch nach der Polizei. Die einstige Landesbehörde wird zum Herrschaftsinstrument einer Partei.

Die Polizeigewalt Hessens wird „verreichlicht“. So verwundert es nicht, dass der **Reichsinnenminister** die neue Leitung durch Dr. Heinrich Müller dekretiert.

Müller zählt die Aufrechterhaltung von „Ordnung und Sicherheit“ zu seinen Aufgaben.

Was das NS-Regime darunter versteht, wird schnell deutlich:

Polizeiliche Maßnahmen gegen Oppositionelle lassen nicht lange auf sich warten. Es kommt zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen.

Bekanntmachung.

Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaates Hessen auf mich übertragen. Ich habe heute, 6. März 1933, 23.30 Uhr die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen.

Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best zum Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen mit der Befugnis mich zu vertreten und den Polizei-Oberleutnant Fendel-Sartorius zum Führer der gesamten uniformierten Polizei sowie der Gendarmerie Hessens ernannt.

Zur Unterstützung der staatlichen Polizei bestelle ich gemäß noch ergehenden Anordnungen die Staatspolizei aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden.

Ich ermahne alle Kreise der hessischen Bevölkerung, in diesen Tagen des Uebergangs strengste Disziplin und ruhige Gelassenheit zu wahren, um den Organen des Staates, bei denen ausschließlich die Ausübung öffentlicher Gewalt liegt, ihre Aufgabe, die Ordnung und Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, nicht zu erschweren.

Darmstadt, den 6. März 1933.

Der Inhaber der Polizeigewalt in Hessen:

Dr. Müller.

Reichsminister des Innern

Bekanntmachung Müllers vom 6. März 1933
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Zu den „neuen Köpfen“ bei der Polizei gehört auch Dr. Werner Best (1903-1989).

Der aufstrebende Jurist – später in führender Funktion bei Gestapo, SD und SS – beginnt seine Karriere in Hessen.

Er ist Verfasser der Boxheimer Dokumente, die bei ihrer Veröffentlichung einen handfesten Skandal auslösen.

In ihnen wird, basierend auf der Annahme eines fiktiven Aufstandes der Kommunisten, ein brutales Szenario nationalsozialistischer Machtübernahme entwickelt.

Als die Dokumente 1931 bekannt werden, muss Gerichtsassessor Best seinen Aushilfs-Richterposten räumen.

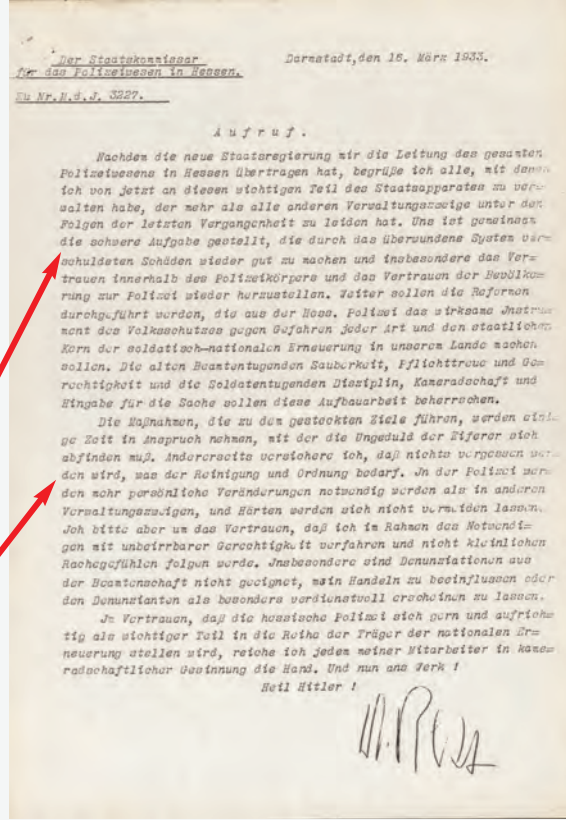
Seiner politischen Laufbahn schadet dies langfristig nicht – er wird später Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen.

Eine steile Karriere auf Reichsebene folgt.

Vom Selbstverständnis der neuen Machthaber zeugt auch dieser zynisch anmutende Aufruf Dr. Bests:

„Uns ist gemeinsam die schwere Aufgabe gestellt, [...] das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei wieder herzustellen“.

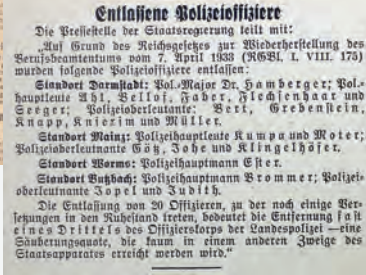
Zeitgleich verspricht er: „daß nichts vergessen werden wird, was der Reinigung und Ordnung bedarf“ und kündigt personelle Maßnahmen an – nicht ohne „Härten“, aber mit „unbeirrbarer Gerechtigkeit“.



Aufruf Bests vom 16. März 1933
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt



Darmstädter Zeitung und Auszug vom 2. Mai 1933
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt



Die Nationalsozialisten sind an der Macht.

Das Reich ist eine Diktatur, Führerkult und Rassenwahn beherrschen die Strukturen.

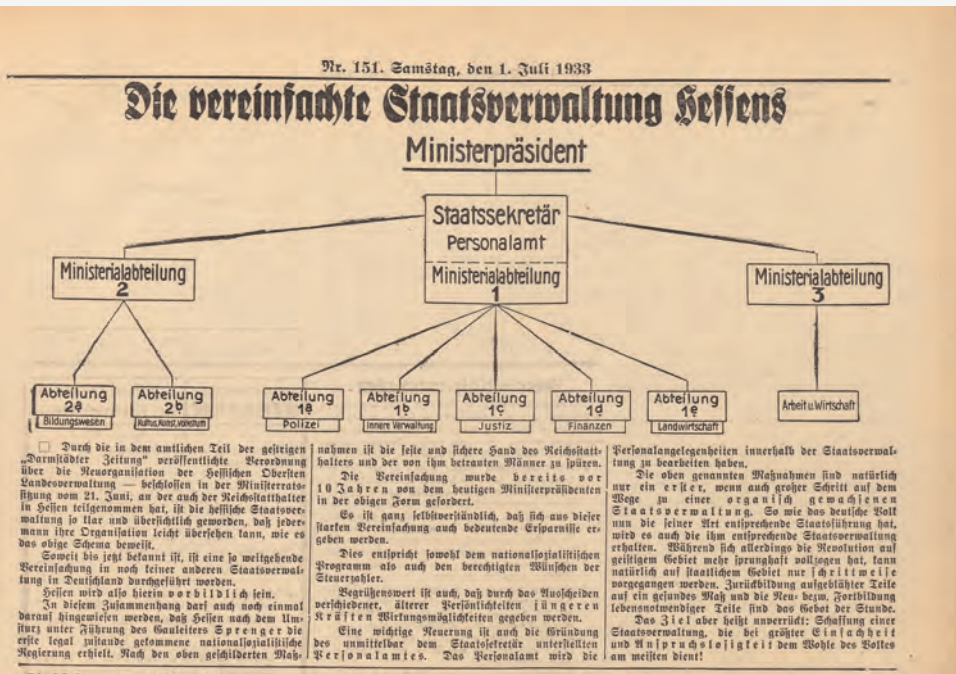
Die Verfolgung und Ermordung Andersdenkender, der Tod von etwa sechs Millionen Juden, die systematische Tötung von Behinderten - die Liste der begangenen Verbrechen ist lang.

Europa wird Kriegsschauplatz des Zweiten Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Tote fordert und in dem unzählige Kriegsverbrechen verübt werden.

„Das deutsche Volk ist es nicht wert, zu überleben“, sagt Hitler vor dem Ende.

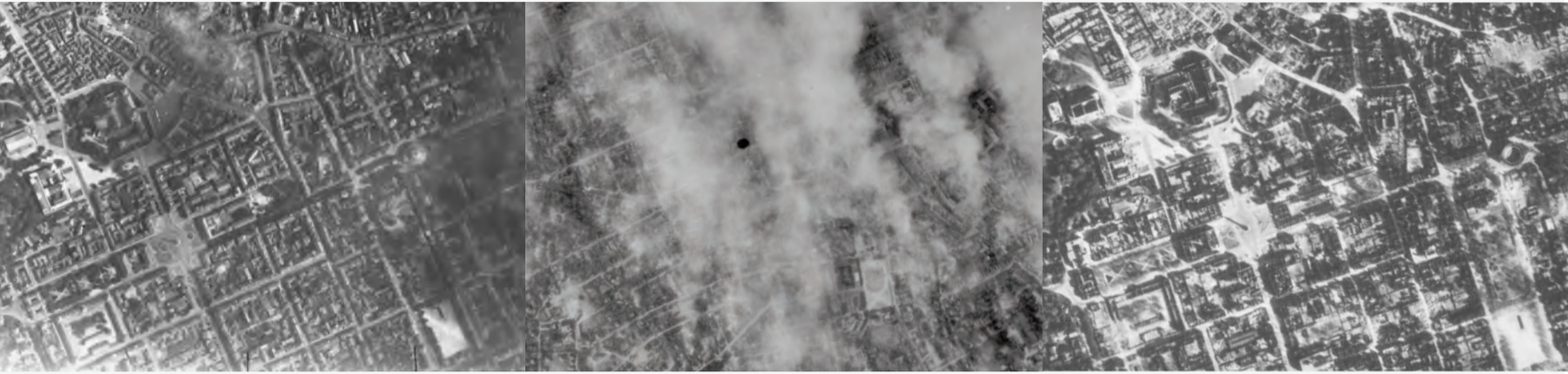
Der menschenverachtende Despot richtet sich selbst - das „Tausendjährige Reich“ existiert nicht mehr.

Jetzt steht ein Neuanfang an - auf allen Ebenen.



Darmstädter Zeitung vom 1. Juli 1933
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Reproduktion

Das Kollegiengebäude



26. August 1944

12. September 1944

19. September 1944

Luftaufnahmen der britischen Alliierten vom Angriff auf Darmstadt
„Nur für den Dienstgebrauch: British Crown Copyright reserved, Weitergabe an Dritte sowie Veröffentlichung sind verboten.“
Kampfmittelräumdienst Hessen, RP Darmstadt

Bild oben rechts:
Der Innenminister des Volksstaates Hessen, Wilhelm Leuschner mit Carlo Mierendorff im Ministerbüro des Kollegiengebäudes, 1929
Wilhelm-Leuschner-Stiftung

Von Deutschland geht der Krieg aus - nach Deutschland kehrt er zurück.

Der „totale Krieg“, den Hitler in der Welt sät, wird auch im deutschen Luftraum ausgetragen.

Im Spätfrühling 1940 wird Darmstadt erstmalig durch die Alliierten bombardiert. Weitere Angriffe folgen.

Eine Stadt, einst für ihre Schönheit berühmt, liegt in Schutt und Asche.

In der verheerenden „Brandnacht“ vom 11. auf den 12. September 1944, in der nahezu die ganze Innenstadt dem Luftkrieg zum Opfer fällt, treffen die Bomben auch das Kollegiengebäude.

Das Ausmaß der Zerstörung ist gewaltig. Fast nur die Außenmauern bleiben stehen. Das einst so prächtige Gebäude: tonnenweise Schutt.

Trotz des desolaten Zustands wurde das Kollegiengebäude nie völlig aufgegeben. Kleinere Verwaltungsteile des Regierungspräsidiums Darmstadt waren bereits in den Jahren 1945 bis 1949 am Luisenplatz in einigen wenigen nutzbaren Räumen des Erdgeschosses untergebracht.



Zerstörtes Kollegiengebäude, ca. 1949
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt



Die zerstörten Gebäudeteile und das Kollegiengebäude noch ohne Dach, man sieht hinten das Dach des besser erhaltenen neuen Kanzleigebäudes.



Bilder aus der Broschüre „Das Kollegiengebäude in Darmstadt - ein Mosaikstein in Hessens Historie“, hrsg: Regierungspräsidium Darmstadt

Im Jahr 1949 beginnt der Aufbruch in eine neue Ära: im großen Stil wird der Wiederaufbau vorangetrieben.

1951 ist das Gebäude soweit wiederhergestellt, dass etliche Mitarbeiter des Regierungspräsidiums im Kollegiengebäude ihre Arbeit aufnehmen können.



Blick auf das wiederaufgebaute Haus von Norden, 1951
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

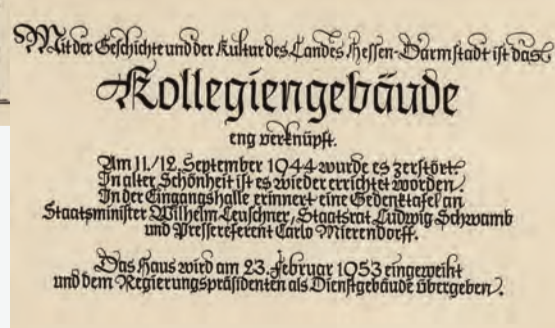
1953 sind die Bauarbeiten fast abgeschlossen, der Westflügel fehlt noch.



Blick auf das Kollegiengebäude vom Stadtcafé aus, 1953
Stadtarchiv Darmstadt, Foto: Maria Stütz



„In alter Schönheit ist es wieder errichtet worden“ - so der Text auf der Einladungskarte zur Einweihungsfeier am 23. Februar 1953
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt



Am 23. Februar 1953: Die feierliche Wiedereröffnung des Kollegiengebäudes.

Über 300 Ehrengäste sind zum Staatsakt geladen, darunter auch die Angehörigen der NS-Opfer Wilhelm Leuschner, Ludwig Schwamb und Carlo Mierendorff. An ihre Verfolgung erinnert eine Gedenktafel.

Der Kreis der Gäste ist illustre. Zugewen sind Ministerpräsident Georg August Zinn, Innenminister Heinrich Zinnkann und Finanzminister Dr. Heinrich Troeger.